



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

verirrten Lichtschimmer glänzen sahen, nahmen wir Abschied und küßten uns so heftig, daß ich noch jetzt die heißen Lippen des Mädchens zu spüren meine. Dann lief ich quersfeldein, und als ich eine Anhöhe erreicht hatte, von der man die Mühle noch einmal sehen konnte, und wie ich da ein einsames Licht durch die Stuben wandern und schließlich hoch oben in einem Erkerstübchen halt machen und von dort als einen glänzenden Stern in die Nacht hinausstrahlen sah, jauchzte ich hell auf mit einer mir fremd klingenden Stimme, die weit hinaustönte und wo irgendwo ein Liebespaar in der balsamischen Sommernacht lustwandelte, dieselben Gefühle weckte und also ein gleiches Jauchzen hervorrief, das dann weiter zündete, sodaß nun diese Stunde die ganze Gegend plötzlich aus dem Häuschen gekommen zu sein schien. Auch die Hunde auf den einzeln liegenden Gehöften nahmen den Lärm auf und bellten in den Mond hinein. Andern Tags aber war in der Stadt allenthalben ein Gerede und Kopfzerbrechen, was eigentlich die Ursache von all diesem Getöse gewesen sein möchte. Ich selber hörte meinem Echo eine Weile zu und ging dann mit den Gefühlen eines Mannes, der sein Schäfchen im Trocknen hat, nach Hause.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Id'en des Oktobers. Seitdem Caprivi und sein Nachfolger Fürst Hohenlohe, der zweite und der dritte Reichskanzler, beide im Monat Oktober aus dem Amt geschieden sind — als dritten im Bunde kann man ihnen noch den Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg beizählen —, scheint bei einem Teile des publizistischen Deutschlands die Oktobermitte als die Zeit kritischer Tage in unsrer politischen Wetterbildung zu gelten. Blätter verschiedenster Richtung gefallen sich in der Andeutung, daß auch die Tage des vierten Reichskanzlers gezählt seien, und daß „dunkle Kräfte“ an seiner Beseitigung arbeiteten. Die „Frankfurter Zeitung“ hat es behauptet, und die „Kreuz-Zeitung“ stimmt zu. Daß der Reichskanzlerposten in Deutschland zur Zeit für eine erstrebenswerte Sache gilt, wird im Ernst niemand behaupten. Dennoch würde einem tüchtigen Manne, der das Zeug dazu in sich fühlte, die Berechtigung des Ehrgeizes, nach dem höchsten Amt in Deutschland zu trachten, nicht abgesprochen werden dürfen. Die Auswahl von Männern, die für dieses Amt in Betracht kommen können, ist aber von jeher sehr klein gewesen, sie ist in den letzten Jahren sicherlich nicht größer geworden. Am allerwenigsten auf der Seite, wo sie nach Andeutung der „Frankfurter Zeitung“ sitzen sollen, und wo auch die „Kreuz-Zeitung“ sie vorhanden glaubt. Doch es wäre immerhin nicht uninteressant, genauer zu erfahren, wo der Nachfolger des zu stürzenden Grafen Bülow eigentlich zu suchen sei. Mit dem publizistischen ceterum censeo ist die Sache doch nicht abgetan, auch darf man nicht annehmen, daß beide, die Frankfurterin und ihre ausgesprochenste Gegnerin, nur Gespenster sehen. Wenn die eine nicht wider besseres Wissen absichtlich alarmiert, und die andre nicht nur aus Sarkasmus ihr zunicht, muß es doch Gestalten von Fleisch und Bein geben, die — einstweilen für weitere Kreise noch unsichtbar — an dem Stuhl des Reichskanzlers zerren. Was hofft man nun eigentlich zu erreichen? Da die „dunkeln Kräfte“ wohl nur auf dem äußersten agrarischen Flügel der Konservativen zu suchen sind, so wären auch die Ziele, die durch die Beseitigung des Grafen Bülow erreicht werden sollen, gegeben: „Handelsverträge nur unter hoher Erschwerung der Einfuhr der fremden Agrarprodukte, Fichterstellung gegen England und Amerika; nach innen stärkere Repression gegen die Sozialdemokratie; im Landtage: endgiltiger Verzicht auf die Kanalvorlage, Schulgesetzgebung im Sinne der konservativen Anträge“ und dergleichen mehr. Wir wollen einstweilen davon absehen, daß nach allen vorhandnen

Anzeichen der Kaiser wenig geneigt sein dürfte, einen Kanzler zu berufen, der ihm mit einem solchen Programm, das noch verschiedene andre Dinge in sich schließt, oktroyiert werden soll. Der Kaiser mag mit dem Reichskanzler, der Reichskanzler mit dem Kaiser in der Behandlung einzelner Fragen nicht übereinstimmen, sei es in der Richtung oder sei es in der Methode, das ist zwischen Wilhelm dem Ersten und Bismarck auch der Fall gewesen, wie der Schriftwechsel zwischen dem ersten Kaiser und seinem treuen deutschen Diener zur Genüge bezeugt. Im großen und ganzen aber besteht zwischen Kaiser Wilhelm dem Zweiten und dem Grafen Bülow sicherlich die prinzipielle Übereinstimmung, die zur Führung der Geschäfte unabwieslich nötig ist. Sodann aber sind, was die Zollpolitik anlangt, Deutschland die Wege durch die allgemeine wirtschaftliche Weltlage, durch die Strömungen und die Bedürfnisse der andern Länder so vorgeschrieben, daß starke Abweichungen von der jetzigen Richtung nur direkt gegen die Wand führen könnten. Schwerlich ist im konservativen Lager ein von Gott so begnadeter Staatsmann vorhanden, daß er der deutschen Zoll- und Handelspolitik mit Erfolg andre Wege zu weisen vermöchte. Er würde dazu außer dem Kaiser und dem Bundesrat auch noch den Reichstag brauchen, und wir halten es für ausgeschlossen, daß ein Reichstag, auch nach wiederholten Auflösungen, für eine agrarischere Richtung zu haben wäre. Ganz dasselbe wird von der innern Politik gelten, wo tiefgreifende Änderungen nur nach einer schweren innern Krisis möglich wären. Eine solche ist aber nicht vorhanden und einzuweisen auch nicht in Aussicht zu nehmen; auch bedeutendere Kapazitäten, als sie unter den angeblichen „dunkeln Kräften“ vorhanden sind, würden es nicht fertig bringen, den Staatswagen in andre Geleise hinüberzuführen. Dazu würde auch die Energie des tatbereitesten Kanzlers nicht ausreichen, weil weder die außer ihm noch nötigen Kräfte vorhanden sind, noch eine zwingende Veranlassung der politischen Lage gegeben erscheint. Noch reicht bei aufmerksamer Beobachtung das Gewehr bei Fuß aus, man muß es nur in der Hand behalten. Und die Fehterstellung gegen England und Amerika? Wird sie nicht von denselben Leuten empfohlen, die von der „gräßlichen Flotte“ nichts wissen wollen? Und glaubt man durch die Fehterstellung gegen England etwa Rußland mehr zu gewinnen? Die russischen Staatsmänner würden sich ins Häufchen lachen. Sie umwerben uns in der Regel nur, so lange sie uns von England umworben wissen. Einen Konflikt zwischen Deutschland und England würde Rußland vielleicht in Asien ausnützen, vielleicht auch nicht, seine Politik würde sich jedenfalls nur den Bedürfnissen des russischen Interesses, nicht denen des deutschen anpassen. Ob wir also Rußland auf diese Weise gewinnen, ist mehr als zweifelhaft, sicher ist dagegen, daß die Franzosen England gewinnen. Es wird einer sehr gewandten und erfahrenen Staatskunst und einer großen Besonnenheit der öffentlichen Meinung bedürfen, die erwünschten Beziehungen zu England ohne Verührung unsers eignen Ehrgefühls wieder herzustellen. Weit wichtiger als ein agrarischer Reichskanzler ist jedenfalls für diesen Zweck eine diplomatische Kraft ersten Ranges in London. Für eine Wendung im Sinne der „dunkeln Kräfte“ halten wir die Zeitläufe nicht angetan und erachten deshalb auch einen Erfolg dieser Bestrebungen für ausgeschlossen. Zunächst jedenfalls so lange, wie die Frage der Handelsverträge unser öffentliches Leben beherrscht und wahrscheinlich auch noch ein gut Stück darüber hinaus. Trügen nicht alle Anzeichen, so wird Graf Bülow das Laub im Garten des Berliner Reichskanzlerhauses noch manchen Herbst sich färben sehen. Wer es besser weiß, der sage es. *s*

Die erste Enzyklika Pius des Zehnten. Die Hoffnungen, die von vielen auf die versöhnliche Gesinnung des neuen Papstes gesetzt worden sind (vgl. „Die Papstwahl“ in Nr. 36 d. Bl.), scheinen sich zu erfüllen. Sein erstes Rundschreiben, wie versichert wird, sein ganz persönliches Werk, zeigt in der Tat einen „religiösen“ Papst. Es verkündet, er wolle nichts sein als ein „Diener Gottes.“ Es wendet sich scharf gegen den Unglauben, der die Schöpfung statt des Schöpfers verehere, es predigt die Lösung der sozialen Schwierigkeiten durch „Liebe und Gerechtigkeit“

der „Wohlhabenden,“ durch „Geduld und Ruhe“ bei den „Armen“ und die Notwendigkeit, „die Fürsten und die Lenker der Staaten, deren Gewalt nur von Gott ist, zu ehren und zu lieben“; es sieht also die weltlichen Regierungen nicht mehr nach ultramontaner Theorie als bloße Diener der Kirchengewalt an. Es warnt die Geistlichen vor der „trügerischen Wissenschaft, die mit Christus nichts gemein hat,“ es lobt die, „die auf allen Gebieten des Wissens nützlichen Studien obliegen, um sich dadurch Rüstzeug zu verschaffen zur Verteidigung und Zurückweisung der Verleumdungen der Glaubenshasser,“ aber es verheißt, die höher zu schätzen, „die, ohne die göttlichen und menschlichen Wissenschaften zu vernachlässigen, sich an erster Stelle der Seelsorge widmen,“ und es beklagt, daß es nicht allzu-viele sind, die nach Christi Beispiel den Armen das Evangelium verkünden, statt „sich Zielen von mehr scheinbarem als wirklichem Nutzen zu widmen.“ Das ist eine sehr deutliche Absage an die Hez- und Streikpläne auf der Kanzel und in der Presse. Daß Pius der Zehnte den Satz festhält: „der Weg zu Christus führt durch die Kirche,“ und daß er die Unterordnung der Laien unter die Leitung der Bischöfe betont, entspricht dem Wesen seiner Kirche und ist sein gutes Recht. Besonders charakteristisch aber sind zwei Punkte: er weist die Meinung, er denke „weltliche Ziele und Parteiwünsche“ zu verfolgen, als „nichtige Erwartung“ unbedingt ab, und er appelliert zum Schluß an die „Überzeugung aller,“ „daß die Kirche gemäß ihrer Gründung durch Christus ihre volle unverfälschte Freiheit genießen muß und keiner fremden Herrschaft unterworfen sein darf.“ Dieser Satz ist so vorsichtig gefaßt, daß er nichts weiter bedeuten kann, als die volle Freiheit der Kirche von jeder weltlichen Herrschaft, also die uralte, immer wieder erhobne, niemals erfüllte und im modernen Staat auch niemals erfüllbare Forderung der römischen Kirche; von einer Notwendigkeit weltlicher Herrschaft ihres Oberhauptes, von einer Verdammung des „Kirchenraubes,“ von einer Zurückforderung des Kirchenstaats, also von der üblichen Kriegserklärung gegen das Königreich Italien ist mit keiner Silbe ausdrücklich die Rede; man kann eine solche nur dann hineininterpretieren, wenn man „Kirche“ und „Papsttum“ gleichsetzt.

Enthält dieser Satz einen stillschweigenden Verzicht auf das *dominium temporale*? Die Antwort kann nicht mehr lange hinausgeschoben werden, denn der Besuch des Präsidenten der französischen Republik Loubet am italienischen Königshof steht bevor, des ersten katholischen Staatsoberhauptes, das seit 1870 Rom betritt. Empfängt ihn der Papst nicht, so droht die Kündigung des Konkordats in Frankreich, die der Vatikan aus materiellen und politischen Gründen schwerlich riskieren kann; empfängt er ihn, so heißt er damit stillschweigend die Anerkennung Roms als Hauptstadt des Königreichs Italien durch ein katholisches Staatsoberhaupt gut und bricht damit den Bann, der bisher katholischen Herrschern den Besuch des Quirinals verboten hat. Das wäre noch nicht die volle Ausöhnung mit Italien, sondern nur ein *tolerari potest*, aber der erste Schritt zu diesem Ziele wäre es. Die Augen der Welt sind auf Pius den Zehnten gerichtet; wird er den starken Willen haben, seiner intransigenten Umgebung und einer Tradition von dreißig Jahren zum Trotz das Papsttum, die alte gloria italiana, mit dem nationalen Staate zu versöhnen? Eines wahrhaft großen Papstes wäre dieser Schritt würdig; und er wäre auch nichts ganz Unerhörtes, denn auch Pius der Neunte und Leo der Dreizehnte haben gelegentlich daran gedacht.

Es gibt keine andre Lösung mehr als die, die Vincenzo Gioberti schon 1852 verkündigt hat: das friedliche Nebeneinander des Papsttums und des Königtums im italienischen Rom, wie es das Garantiegesetz vom 31. Mai 1871 ermöglichen wollte. Gewiß ist die Stellung des Papsttums nicht nur eine italienische sondern ebenjogut eine allgemeine katholische Angelegenheit. Aber indem auch die katholischen Mächte den gegenwärtigen Stand der Dinge in Rom anerkannt haben und ihre Gesandten so gut beim Quirinal wie beim Vatikan unterhalten, haben sie sich jedes innern Rechts begeben, die Wiederherstellung des *dominium temporale* zu fordern. Eine solche würde jetzt jede italienische Regierung rundweg ablehnen;

Roma intangibile hat König Humbert gesagt. Deshalb halten wir es im Interesse eines guten Einvernehmens mit Italien für bedenklich, namentlich in diesem wichtigen Zeitpunkte, wenn im neusten Heft der Preussischen Jahrbücher ein früherer hochgeachteter katholischer Reichsbeamter jedenfalls auf eigne Hand den Vorschlag macht, dem Papste das Trastevere mit einem Landstrich bis zur Küste zu überlassen. Man fragt verwundert: Wozu? Prinzipiell würde sich damit doch gar nichts ändern, denn der „Kirchenraub“ von 1860 und 1870 würde damit nicht rückgängig gemacht. Ferner müßte ein solcher Landstrich doch einen Hafen umfassen, und das könnte kaum ein anderer als Civitavecchia sein, denn der Tibermündungshafen Fiumicino ist ganz unbedeutend, dann aber wäre das einzuräumende Gebiet gar nicht so klein. Es würde allerdings dem Vatikan den Verkehr mit dem Auslande auf eigenem Boden gewähren, es würde aber auch einer fremden Macht, die mit dem Papsttum irgendwie in einen kirchlichen Konflikt geriete, die Möglichkeit geben, militärisch gegen Rom vorzugehen, wie es früher, solange der Kirchenstaat bestand, oft genug geschehen ist. Und soll sich Italien gefallen lassen, daß gelegentlich wieder eine fremde Fahne im Trastevere weht? Nein, der weltliche Besitz hat niemals die Freiheit des Papsttums gewährleistet, sondern sie oft genug in Gefahr gebracht; diese Freiheit wird gerade dadurch gesichert, daß italienisches Gebiet den Vatikan rings umgibt und schützt. Solche unbedachten Vorschläge Fremder sind nur geeignet, die berechnigte Empfindlichkeit der Italiener zu reizen, und wir Deutschen haben wirklich keinen solchen Überfluß von Freunden in der Welt, daß wir eine im erfreulichsten Aufstreben begriffene verbündete Macht ganz unnützerweise vor den Kopf stoßen dürften.

König Friedrich Wilhelm der Vierte und die Kaiserkrone. Sepps interessante Erinnerungen an die Paulskirche sind in den Grenzboten zum Abschluß gekommen, leider, denn einige Fortsetzungen hätte man noch recht gern gelesen. Wir Deutschen, die wir früher wie an vielem andern, so auch an eignen Memoiren arm gewesen sind, dürfen dankbar jeden Beitrag an Selbsterlebnissen zur Kunde unsrer neuern Geschichte begrüßen. Von Nebensächlichem sei erwähnt, daß Sepp in betreff der Ermordung des Fürsten Tichnowsky in einem Punkte irrt. Tichnowsky wollte nicht dem revolutionären Haufen auf der Bornheimer Heide entgegenreiten, sondern den von Darmstadt her erwarteten Truppen. Dabei stieß er auf den Haufen, wurde angegriffen und flüchtete mit Auerwald. Tichnowsky und Auerwalds Ermordung bleibt einer der dunkelsten Flecken auf der Geschichte des Jahres 1848, wenngleich das Verhängnis wohl durch Unvorsichtigkeit herausgefordert worden war. Tichnowskys zweifellos hochbegabte Persönlichkeit hat bekanntlich nach mancher Richtung hin zur Kritik Anlaß gegeben, namentlich sein Verhalten in den Berliner Märztagen scheint nichts weniger als einwandfrei. Doch ist hier nicht der Ort, näher darauf einzugehen. Dagegen fordert Sepps interessante Mitteilung über die kleine politische Intrigue bayrischer Abgeordneter nach der Kaiserwahl, die Absendung eines abmahnenden Briefes an Friedrich Wilhelm den Vierten, zu einer Erörterung heraus. Sepp scheint anzunehmen, daß dieser Brief ausschlaggebend für die Entschliessung des Königs gewesen sei. Ist schon an sich schwer anzunehmen, daß der König von Preußen in einer so folgenschweren Entscheidung für seine Person, sein Haus und sein Land Rat von ausgesprochenen Gegnern Preußens angenommen und befolgt hätte, so steht überdem beglaubigt fest, daß der König zur Ablehnung der Kaiserkrone schon lange vor der Kaiserwahl entschlossen war. Er wollte die Stellung eines Oberhauptes in Deutschland erst dann annehmen, dann allerdings beanspruchen, wenn der Kaiser von Österreich endgiltig darauf verzichtete. So lange Österreich das nicht tat, und gutwillig hätte es sich nie dazu entschlossen, erkannte Friedrich Wilhelm der Vierte dem Hause Habsburg einen Rechtsanspruch auf den Primat in Deutschland zu, an den er niemals gerührt hätte, dessen Aufgebung mit Waffengewalt zu erzwingen er am allerwenigsten geneigt war. Auch dann nicht, als sich Österreich ihm gegenüber ins Unrecht gesetzt hatte. Nach vielen Enttäuschungen ist ihm erst gegen das Ende seiner Regierung, nach dem

letzten Besuch in Wien im Sommer 1857, die Überzeugung gekommen, daß der Bruch mit Österreich und eine kriegerische Auseinandersetzung mehr und mehr unvermeidlich werde. Zum Wohle für Preußen und Deutschland ist dem Könige diese Entscheidung erspart geblieben. Das politisch einzig Notwendige wie einzig Mögliche: der Bundesstaat mit Ausschluß Österreichs, aber nicht feindselig gegen Österreich, war auch von ihm erkannt und festgehalten worden, aber die Lösung in diesem Sinne herbeizuführen lag außerhalb seiner Entschlußkraft. Ranke hat in seiner Schlußbetrachtung zu dem von ihm herausgegebenen Briefwechsel des Königs mit Bunsen die Grundlinien der Politik Friedrich Wilhelms befreit von den üppigen Schnörkeln, mit denen seine reiche Phantasie den einfachen Gedankengang verhüllte und erschwerte, für die historische Forschung freigelegt und sie vor der Geschichte für alle Zeiten beglaubigt.

Des Briefes der bayrischen „Nichtwähler“ des Kaisers vom 29. oder 30. März 1849 hat es für die Entschließung Friedrich Wilhelms nicht bedurft. Was in diesem Briefe gesagt ist, hatte der König selbst viel deutlicher schon am 18. März 1849 gegen Ernst Moritz Arndt ausgesprochen, am 20. März gegen Beckerath wiederholt. Der Brief an Arndt, längst gedruckt, doch längst vergessen, besagte:

„Die Nationalversammlung hat weder eine Krone zu geben noch zu bieten. Sie hat eine Verfassung zu entwerfen und demnächst mit allen von ganz Europa anerkannten regierenden Herren und Städten zu vertragen. Wo ist der Auftrag, der diese Männer berechtigt, über rechtmäßige Obrigkeiten, denen sie geschworen, einen König oder Kaiser zu setzen? Wo ist der Rat der Könige und Fürsten Deutschlands, der nach tausendjährigem Herkommen dem heiligen Reich seinen König kürt und die Wahl dem Volke zur Bestätigung vorlegt?“ Und an andrer Stelle: „Ist diese Geburt des greulich freisenden 1848ten Jahres eine Krone? Das Ding, von dem wir reden, trägt nicht das Zeichen des heiligen Kreuzes, drückt nicht den Stempel »von Gottes Gnaden« auf's Haupt, ist keine Krone. Es ist das eiserne Halsband der Knechtschaft, durch welches der Sohn von mehr denn 24 Regenten, Kurfürsten und Königen, das Haupt von 16 Millionen, der Herr des treuesten und tapfersten Heeres der Welt der Revolution zum Leibeigenen gemacht werden würde. Und das sei ferne!“

Man vergleiche diesen Brief des Königs an Arndt, der zwölf Tage älter ist, mit dem Briefe der bayrischen „Nichtwähler“ an den König, und man wird bei der vollen Übereinstimmung der Grundgedanken ohne weiteres erkennen, daß es der gegnerischen Abmahnung nicht mehr bedurft hatte. Außer Arndt und Beckerath hatten auch Bunsen, Bassermann und Sauten, vielleicht noch mancher andre Patriot, an den König geschrieben. Ob die beiden letzten eine Antwort erhalten haben und welche, ist nicht bekannt. In der Antwort an Beckerath vom 20. März — man beachte immer die Daten — hat der König ausdrücklich auf seinen Brief an Arndt verwiesen. In seinem Briefe an Bunsen hat er dann den intimen Kommentar zu seiner Antwort an die Frankfurter Deputation geliefert. Weitere klassische Zeugen sind ohne Zweifel Bismarck und Gerlach. Bismarck schreibt in den „Gedanken und Erinnerungen“ (I, 57 u. f.) als ein sehr genauer Kenner der damaligen Stimmungen des Königs: „Als der König am 3. April 1849 die Kaiserkrone ablehnte, aber aus dem Beschlusse der Frankfurter Versammlung »ein Anrecht« entnahm, dessen Wert er zu schätzen wisse, war er dazu hauptsächlich bewogen durch den revolutionären oder doch parlamentarischen Ursprung des Anerbietens und durch den Mangel eines staatsrechtlichen Mandats des Frankfurter Parlaments bei mangelnder Zustimmung der Dynastien.“ Gerlach berichtet in seinen Eintragungen vom 30. März und 2. April 1849 mit behaglicher Breite über das Aufgebot der gesamten damaligen Camarilla, die dem König bei dem Entwurf der Antwort an die Frankfurter Deputation „zur Seite stehen wollte,“ beide Gerlach, Massow, Boß, General v. Rauch, Graf Stolberg, Graf Alvensleben — die Camarilla war diesmal „vollständig besetzt.“ Gerlach selbst hatte den Entwurf einer Antwort aufgesetzt, „der die Freude über die Anerkennung der Macht Preußens, den guten Willen, zu helfen, ausprechen sollte, das Anerbieten der Kaiserkrone aber als unzeitig und unvorbereitet abweisen.“ Der König nahm die

Anwesenden in sein Kabinett und las ihnen die von ihm aufgeschriebene Antwort vor, „sie war unbeschreiblich schön und ergreifend.“ Dann erzählt Gerlach weiter: „Unser ganzer Angriff konzentrierte sich nur gegen eine Stelle in dem Entwurf. In derselben erklärte der König, er würde, ganz abgesehen von seiner Person, nur eine Wahl anerkennen, die von einem ordentlichen Fürstentage unter der Leitung der mächtigsten Fürsten Deutschlands, also auch mit Zuziehung seiner selbst und mit Zustimmung deutscher Nation vollbracht worden sei, nach tausendjährigem Rechte.“ Bei der Diskussion kam heraus, daß der König keineswegs den Fürstentag einfach nach der Kopfzahl abstimmen lassen wollte, wo Österreich und Liechtenstein gleichgestellt wären, „die größern Fürsten, die acht Kurfürsten voran.“ Er erwiderte Gerlach: „Tausendjährig ist Ihnen zu apokalyptisch, obschon nach dem Buchstaben wahr.“ An die Stelle des Volkes, das der Fürstenwahl zuzustimmen hatte, sollte die Frankfurter Versammlung treten. Der König war entschlossen, abzudanken, falls seine Minister ihn zur Annahme drängen würden, so hatte die Königin mitgeteilt, Bodelschwingh, Vinke hatten zur Annahme geraten, ebenso Prinz und Prinzessin von Preußen. Schließlich notiert Gerlach von der Rede des Königs an die Frankfurter Deputation: „Ein neuer wichtiger und sehr guter Passus über die Revision der Verfassung war durch Alvensleben hineingekommen, und wie der Erfolg zeigt, der wesentlichste.“ Der Prinz von Preußen hat am Abend dieses Tages, als Simson ihm gegenüber die Unvermeidlichkeit „eines Tropfens demokratischen Oles“ in der Reichsverfassung betonte, geäußert: „Das glaube ich auch, mit einem Tropfen, hier aber haben wir davon eine ganze Flasche.“ Friedrich Wilhelm der Vierte hat später ohne sein Wissen die Bezeichnung „Erwählter deutscher Kaiser“ in seinen Epaulettes getragen. Als sie nach seinem Tode seinem Kammerdiener zufielen, und dieser sie auf trennte, fand er auf einer im Innern enthaltenen Platte die Worte eingestickt. Die Nachfrage ergab, daß sie von der Hand der Stickerin herrührten, die mit der Arbeit an diesen Epaulettes betraut gewesen war. So trug der König bis zum Ende seiner Regierung „das Unrecht,“ das er dem Frankfurter Antrag zuerkannt hatte, mit sich herum. Es zu verwirklichen blieb seinem Nachfolger vorbehalten. Aber in seiner Stellung zur Frankfurter Kaiserwahl ist vom ersten Auftauchen dieses Gedankens an Friedrich Wilhelm sich allezeit gleich geblieben, auch der von ihm anerkannten glühenden Vaterlandsliebe in den Vorstellungen Arndts und Beckeraths gegenüber.

Vielleicht aber hat der Brief der Bayern die Intrigue unterstützen sollen, die in jenen Tagen von österreichischer Seite gesponnen wurde. Fürst Schwarzenberg hatte den Fhrn. v. Prolesch-Osten nach Berlin gesandt, um hier die Annahme der Kaiserkrone zu hinterreiben. Offenbar war man in Wien durch den Welckerischen Antrag aufgeschreckt, worin dieser seitherige Gegner Preußens in Erkenntnis der österreichischen Politik den Abschluß der Verfassungsberatung und die Übertragung der Kaiserwürde auf den König von Preußen verlangte. In Wien hatte man den Reichsverweiser, Erzherzog Johann, nur als Verhinderer einer Kaiserwahl und als Platzhalter für den jungen Franz Joseph gelten lassen, dessen Thronbesteigung wohl auch aus diesem Grunde beschleunigt worden war, und den man den Deutschen als ihren Kaiser präsentieren wollte, genau wie es fünfzehn Jahre später auf dem Frankfurter Fürstentage noch einmal ernstlich versucht wurde. Prolesch-Osten, der ja allerdings in seinen Mitteilungen als wenig glaubwürdig gilt, hatte in Berlin leichtes Spiel. Einer Einwirkung auf den König bedurfte es erst gar nicht, der hatte ihm schon in der ersten Unterredung am 29. März erklärt, daß die Annahme der Krone aus dieser Hand „eine Abscheulichkeit“ sein, und Österreich gerechten Grund zum Kriege bieten werde, zu dem Österreich freilich im Frühjahr 1849 so wenig in der Lage war wie im Winter 1850. Auch der Einfluß der Königin darf wohl nicht unbeachtet bleiben, die einer Politik, die zur Entzweiung mit Wien und München führen mußte, nach Kräften entgegenwirkte.*) Hatte Friedrich Wilhelm schon in

*) Auch gegen Prolesch hatte der König mehrmals wiederholt, daß er abdanken werde, wenn ihm kein anderer Weg bleibe, seine Ehre zu retten.

seinem Briefe vom 3. Juli 1848 an den Erzherzog Johann die diesem durch die Nationalversammlung übertragene Reichsverweserschaft „für völlig ungiltig, null und nichtig“ erklärt, weil die Versammlung dazu nicht autorisiert sei, um wieviel weniger konnte er ihr das Recht zuerkennen, eine Krone anzubieten! Die Ablehnung war die Konsequenz seiner ganzen Auffassung seiner Stellung.

Inzwischen hatten die Vorgänge in Berlin einen seltsamen Verlauf genommen. Am 2. April hatte Ministerpräsident Graf Brandenburg in der Ersten Kammer eine Erklärung verlesen, die nur im Sinne einer wenn auch bedingten Annahme des Frankfurter Antrags gedeutet werden konnte. Die Zweite Kammer, der dieselbe Mitteilung gemacht wurde, beschloß eine Adresse an den König, worin er dringend gebeten wurde, sich dem Rufe der Nationalversammlung nicht zu entziehen. Für diese Adresse stimmten nicht nur namhafte Abgeordnete der Rechten, wie Bismarck, Arnim-Bohnenburg, Meißner-Regow, sondern auch die der Kammer angehörnden Minister Manteuffel und v. d. Heydt. Trotzdem war in einem Ministerrat an demselben Tage unter Vorsitz des Königs festgestellt worden, daß der König die Annahme des Kaisertitels unter allen Umständen für unangemessen und die Bildung eines Bundesstaats im Sinne der Reichsverfassung nur dann für ausführbar halte, wenn sich ihm nicht nur die Kleinstaaten, sondern auch die Königreiche anschließen. Damit war der Stab gebrochen! Aber immerhin war die Antwort des Königs in der Form scheinbar so entgegenkommend, daß am Abend auf der Soiree beim Prinzen von Preußen sowohl dieser als auch die Prinzessin und ihre Schwester, die Prinzessin Karl, die Antwort nicht als eine endgiltig ablehnende gelten lassen wollten, eher das Gegenteil. War doch in jenen Tagen sogar der hochkonservative Prinz Karl für die Annahme. — Der entscheidende Punkt in der Antwort, daß die von der Nationalversammlung beschlossene und verkündete Reichsverfassung erst noch „von den Regierungen in gemeinsamer Beratung geprüft werden müsse,“ stand nicht in dem vom Ministerium aufgesetzten und genehmigten Entwurf der Antwort. Es war das der Passus, den Graf Albrecht Alvensleben hineingebracht hatte, und der das Schiff im Hafen scheitern machte; es war die tatsächliche Nullifizierung der Nationalversammlung. Sechs Tage später hat Manteuffel denselben Standpunkt in der Kammer zu vertreten versucht, obwohl er am 2. April für die Annahme-Adresse gestimmt hatte. Die königliche Familie, richtiger die des Prinzen von Preußen, mag in jenen Tagen noch eine Zeit lang absichtlich die Annahme der Krone für möglich erachtet haben, weil die schwankenden Anschauungen des Königs diese Möglichkeit zuließen: auf der einen Seite sein Wunsch nach Macht in Deutschland, auf der andern seine Scheu vor Österreich und die Abneigung, Macht durch Macht zu erringen. Der König selbst war über den Sinn und die Tragweite seiner Antwort jedenfalls nicht im unklaren. Sein Osterbrief an Bunsen über die „geradezu inqualifiafle Deputation der Paulskirche“ sprach es mit nackten Worten aus, daß er seiner Antwort „nur ein Hofkleid angezogen habe,“ die Nationalversammlung habe nichts zu bieten, das könne er nur mit seinesgleichen abmachen. Mit einem Wort: König Friedrich Wilhelm der Vierte wollte für sich, sein Haus und sein Land größere Machtstellung in Deutschland erringen, aber er fürchtete sich vor den Wegen, die einzig dazu führen konnten, und war innerlich befriedigt, daß Österreichs von ihm als legitim anerkannte Stellung ihn daran hinderte. Die Annahme, daß nach dem allem der Brief der Bayern noch in die Wage gefallen sei, ist schwerlich zulässig.

Der König hatte das richtige Gefühl, daß die Kaiserkrone erkämpft werden müsse, und daß er dazu nicht die geeignete Persönlichkeit sei. Auch ist kaum anzunehmen, daß diese Kämpfe nach Annahme der Krone so ausgegangen sein würden, wie die Kriege, die unter seinem Nachfolger der Einigung der Deutschen vorangingen und die Kaiserkrone zur reifen Frucht dieser Siege und der sie vorbereitenden und ausnützenden großen Politik machten. So erfüllte sich, was Dahlmann nach der Ablehnung im April 1849 geschrieben hatte: „Die Hallen der Paulskirche können zur öden Stätte werden, aber das Werk der Einheit, das hier angefangen, geht so wenig zurück, wie einst das Werk des Rettungsjahres 1813.“

Nicht zum ersten Male haben bescheidene Anfänge uns Deutsche zu Erfolgen geführt, über die die Welt erstaunt ist.“

H. J.

Harnackkritiker. Harnacks Wesen des Christentums hat, wie das heute so zu gehn pflegt, eine ganze Literatur hervorgerufen. Wir legen dem Leser zwei Proben vor: eine von der Linken und eine von der Rechten.^{*)} Dem Dr. Schulke geht Harnack lange nicht weit genug. Dieser rede einer Reform der evangelischen Kirchen im Sinne des ursprünglichen Christentums das Wort, übersehe dabei aber zweierlei, daß eine solche Reform diese Kirchen auflösen würde, und daß das Urchristentum unsrer Welt nicht weniger fremd, ja noch fremder gegenüberstehe als das Traditionschristentum. Harnack wisse zwar als Historiker, daß man die geistige Physiognomie einer bestimmten Zeit nicht einer spätern aufzwingen kann, er tue das aber, indem er die Gesamtheit der sittlich-religiösen Aussprüche Jesu als für die Christen der Gegenwart verbindlich hinstelle. Nicht Weltanschauungen, nur Prinzipien könnten für alle Zeiten gelten. Man müsse also untersuchen, ob sich im Neuen Testament ein solches Prinzip finde. In der Tat nun finde sich eines. „Die tiefe Sehnsucht nach einem ehrlichen Frieden mit dem Leben, mit der Welt, mit der Wirklichkeit hat er gestillt dadurch, daß er der Wirklichkeit einen Sinn verleiht, wenn er sie Vater nennt. So wird die elende Welt herrlich und die scheinbar sinnlose erhält einen Sinn, nämlich die Liebe. Nur wer in Liebe sich einfügt in die als Wirklichkeit der Liebe aufgefaßte Wirklichkeit, der ist selig, der ist ewig.“ Zur Übung in solcher Einfügung haben im Augenblick die Leipziger Bürger eine recht schöne Gelegenheit; wie überrascht werden sie sich fühlen, wenn sie durch die Einfügung in die sozialdemokratisch gewordene Wirklichkeit auf einmal selig werden. Das „Liebesgefühl Jesu, für das Gott der Vater und die Menschen Brüder sind, tritt auf mit dem Anspruch, das normale zu sein. Die Erhebung dieses Gefühls zum allein berechtigten, zum allein wahren und allgemeingültigen, diese Inthronisation der Liebe im Himmel und auf Erden, das ist das Evangelium. Nichts weiter. Dies allein ist das Prinzip der christlichen Religion, dies allein auch das bleibende, das absolut wertvolle, das nie mehr verlierbare.“ Das „Prinzip“ ist ja bisher nicht gerade unbekannt gewesen. Warten wir ab, ob es Schulke besser als den altmodischen Predigern des Christentums gelingen wird, es wirksam zu machen, wenn er als den Vater, den wir lieben, und auf den wir vertrauen sollen, die Wirklichkeit hinstellt mit all ihren Krokodilen, Insekten, feuerpeienden Bergen, Überschwemmungen, Verbrechern, Lumpen, Bankdieben, wühlenden politischen Parteien und zankenden kirchlichen Sekten. — Einstweilen mag er in die Antwort einen Blick tun, die Lepsius auf die drei Fragen gibt: 1. Ist das Evangelium eine Verkündigung von der Lehre oder von der Person Christi? 2. Ist das Leben oder der Tod Christi für das Verständnis seiner Person entscheidend? 3. Ist die Erkenntnis des göttlichen Charakters der Person Jesu entbehrlich oder unerläßlich für das Verständnis des Christentums? Im Gegensatz zu Harnack beantwortet Lepsius diese Fragen im Sinne des positiven Christentums. Harnack erkenne zwar gelegentlich die gewaltige Bedeutung der Person Jesu an, aber er mache es wie ein Galeriebesitzer, der die kostbarste Perle seiner Bildersammlung in ein verstecktes dunkles Kabinett hänge. Das Evangelium sei weder ein dogmatisches Lehrbuch noch eine Spruchsammlung, sondern ein Drama, und der Tod und die Auferstehung Jesu das wesentliche darin. „Ich sehe diesen Mann, der am Kreuze hängt, an allen Wegen und Straßen, ich sehe ihn in tausend Bildern an allen Wänden von Kirchen, Klöstern und Galerien, ich sehe seinen Galgen auf allen Gräbern, sein Kreuz auf allen Altären, auf allen Türmen. Ich sehe es auf tausendmal tausend Blättern die ganze Welt durchfliegen, ich höre es von den Lippen aller Dichter, ich lese es zwischen den Zeilen aller

^{*)} Das Bleibende in der Lehre Jesu. Eine kritische Ergänzung zu Harnacks „Wesen des Christentums“ von Dr. Rudolf Schulke. (Berlin, Schweigke und Sohn, 1902.) — Neben und Abhandlungen von Johannes Lepsius. 2. Adolf Harnacks Wesen des Christentums. (Berlin, Reich-Christi-Verlag, W 10 Lügow-Wer 5a, ohne Jahreszahl.)

Denker; man singt davon in den Stuben der Armen, in den Konzerten der Reichen. Das ist das Evangelium und seine Geschichte in den Jahrhunderten der Kirche. Dieser Mann, dessen Kreuz sich in alle Ritzen und Fugen des Weltgebäudes eingepflanzt, dessen Bild sich in alle Verstecke und Geheimnisse des menschlichen Herzens eingedrängt hat, ist allen, allen tausendmal bekannter, als sie es zugeben und meinen.“ Die Beantwortung der zweiten Frage enthält den Versuch einer neuen Darstellung der Erlösungs- und Rechtfertigungslehre, der zwar die Denker ebenso wenig vollkommen befriedigen wird wie irgend ein früherer, der jedoch schön und geistreich ist und Beachtung verdient.

Der Dreifarbendruck, diese höchst wichtige Erfindung, die die Vorzüge der buntfarbigen Photographie mit dem autotypischen Verfahren verschmilzt, hat in letzter Zeit erstaunliche Fortschritte gemacht. Freilich ist seine Handhabung noch nicht leicht; es bedarf noch besondrer Schulung, ihn kunstgerecht auszuüben. Um so dankenswerter ist es von der E. A. Seemannschen Verlagshandlung, ihn in vollem Verständnis seiner Wichtigkeit für die Verbreitung kunstgeschichtlicher Erkenntnis, aber auch mit einem nicht geringen Wagemut sofort in größerem Umfange für die Wiedergabe alter und neuer Gemälde angewandt zu haben. Für verhältnismäßig wenig Pfennige werden von ihr getreue Nachbildungen berühmter Meisterwerke der Malerei, deren Originale einen Wert von vielen tausend, ja hunderttausend Mark haben, dem Publikum dargeboten, sodaß auch dem Unbemittelten die Gelegenheit gewährt wird, sich in den Farbenreiz edler Kunstschöpfungen zu vertiefen und sich eine unmittelbare Anschauung von der Art und den Unterschieden der wichtigeren Kunstströmungen zu verschaffen, als das vorher unter der fast ausschließlichen Herrschaft der Schwarz-Weiß-Nachbildung möglich war.

Mögen auch einzelne Veröffentlichungen noch nicht ganz auf der zu erstrebenden Höhe stehn, so ist es doch unzweifelhaft, daß durch das Seemannsche Unternehmen breiten Massen unsers Volks, die einen wahren Heißhunger nach wohlfeilen farbigen Kunstblättern haben, ein wirklicher Dienst erwiesen und in ihnen der bisher so oft vermiste Farbensinn etwas mehr gehoben oder geweckt wird. Unter dem Titel „Die Malerei“ oder „Alte Meister in Nachbildungen“ liegen bis jetzt etwa hundert Farbendrucke vor; Meister aller Schulen sind darunter vertreten: neben den Italienern Raffael, Lionardo da Vinci, Tizian, Sebastiano del Piombo, Lorenzo Lotto, Correggio, Palma Vecchio, Paolo Veronese finden wir Jan van Eyck und Albrecht Dürer, dann wieder Niederländer des siebzehnten Jahrhunderts, wie Frans Hals, Rembrandt, Brouwer, Pieter de Hooch, van der Meer van Delft, oder auch Spanier und Franzosen, wie Velazquez, Murillo, Watteau, Vigée=le=Brun usw.

Man sieht, an Abwechslung fehlt es nicht. Etwa ein starkes Drittel der Blätter beruht auf Photographien, die unmittelbar nach den Originalgemälden hergestellt sind; und diese sind für meinen Geschmack die weitaus wertvollern. Bei der Wiedergabe der andern mußte wegen des Zustandes der Bilder oder aus sonstigen Gründen das Zwischenglied einer buntfarbigen Kopie eingeschaltet werden. Hoffentlich ermöglicht es die fortschreitende Technik, daß die Verlagsanstalt mehr und mehr von diesem äußerst kostspieligen und somit auch die Blätter verteuernenden Zwischenglied absehen kann, und daß ihr auch sonst Gunst genug von allen Seiten, unter andern von den glücklichen Besitzern der Originale, erwiesen wird, damit das Unternehmen auf der breiten Grundlage durchgeführt werde, auf der es geplant ist und geplant sein muß. Nachbildungen werden niemals den Originalen gleichwertig sein; aber sollen wir deswegen auf Nachbildungen und damit auf die Möglichkeit verzichten, ein Kunstwerk auch außerhalb seines Standorts zu bewundern und zu studieren?